

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

14.6.1914 (No. 159)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 159

Sonntag, den 14. Juni 1914

157. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprech-
auskunft Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet 3 M 67 P.
Einkundungsgebühr: die 6 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird feil-
bei Verfertigung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 16. Mai 1914 gnädigt bewegen gefunden, der Hauptlehrerin Anna Jung an der Lessing-Schule in Karlsruhe die Friedrich-Luisen-Medaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigt bewegen gefunden, dem Bauleiter bei der Firma Grün und Bilfinger in Mannheim, Regierungsbaumeister a. D. Karl Hübler, die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich preussischen Kronenordens vierter Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich mit Höchster Entschliebung vom 26. Mai 1914 gnädigt bewegen gefunden, den von der evang. Kirchengemeinde Heddesheim gewählten Pfarrer Julius Schmidt in Kirchen zum Pfarrer in Heddesheim zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 2. Juni 1914 gnädigt geruht, den wissenschaftlich gebildeten Hilfslehrer Professor Dr. Ing. Anton Stans an der Technischen Hochschule hier seinem untertänigsten Ansuchen entsprechend mit Wirkung vom 1. Oktober 1914 aus dem staatlichen Dienste zu entlassen.

Das Ministerium des Innern hat unter dem 9. Juni 1914 den Revisionsassistenten Gottlieb Denwald in Rehl dem Bezirksamt Emmendingen zur Ausschilfeistung zugeteilt.

Die Lotterie zugunsten des Elsassischen Theaters in Straßburg betr.

Dem Verein „Elsassisches Theater“ in Straßburg wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 5000 Losen der III. Ziehung der von ihm veranstalteten Geldlotterie zugunsten der Herstellung eines eigenen Theatergebäudes in Straßburg im Gebiet des Großherzogtums Baden unter den nachstehenden Bedingungen erteilt:

Die zum Vertrieb in Baden bestimmten Lose müssen zuvor mit dem Stempel des Großherzoglichen Ministeriums des Innern versehen werden.

Die Lose dürfen in Baden durch Ankündigung in badischen Zeitungen und in anderer Weise nur unter Angabe badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Ankündigung und Vertrieb der Lose sowie die Ziehung dürfen während der Zeit des Vertriebs der Lose der ersten Klasse einer preussisch-süddeutschen Klassenlotterie oder während der Ziehung dieser Klasse nicht stattfinden.

Karlsruhe, den 6. Juni 1914.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Pfisterer.

Jung.

Das Badische Staatsschuldbuch betr.

Der Kurs für Bareinzahlungen auf 4 prozentige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 97,50 M. für 100 M. Buchschuld.

Karlsruhe, den 13. Juni 1914.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

(Fortsetzung des „Staatsanzeigers“ im 2. Blatt.)

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 13. Juni.

* Innerpolitische Wochenrückblicke.

Die antimonarchische Demonstration der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die verflossene Woche verlief, was die innere Politik anbetrifft, verhältnismäßig ruhig, so daß der Chronist nur wenige Tatsachen von Bedeutung zu verzeichnen hat. Nachhaltig erregt zeigt sich die Öffentlichkeit noch immer durch die antimonarchische Demonstration der sozialdemokratischen Fraktion bei der Schließung des Reichstages. Die Ähnung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“,

daß der Reichstag selbst solche Ungezogenheiten für die Zukunft unmöglich machen möge, hat in der bürgerlichen Presse ein starkes und zwar im allgemeinen zustimmendes Echo erweckt. Von besonderem Interesse ist die Wahrnehmung, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft mit der Demonstration der Fraktion gar nicht zufrieden ist. Und zwar sind es nicht allein die „Revisionsisten“, die jenen „Schwabenstreich“ bedauern und verhöhnen, sondern auch im radikalistischen Lager wird manche scharf verurteilende Stimme laut. Sogar dem Reichstagsabgeordneten Dittmann, einem der Radikalführer unter den Radikalen, scheinen ganz erhebliche Zweifel an dem Werte der Demonstration aufgestiegen zu sein. Er fühlt sich veranlaßt, in seiner „Verglichen Arbeiterstimme“ mancherlei aus den Beratungen der Fraktion über diesen Gegenstand auszulassen, das sehr viel weitergeht, als es die „Revisionsisten“ Heine und Fischer in den „Sozialistischen Monatsheften“ zu tun wagten. Der Abgeordnete Dittmann schreibt über die Vorgesichte der Kaiserhochdemonstration: „Endlich im Januar 1914 wurde die Frage auf die Tagesordnung einer Fraktionsitzung gesetzt. Sie (die Abstimmung) erfolgte schließlich in der Fraktionsitzung vom 4. Februar 1914. Das Resultat der Abstimmung war: 52 Stimmen für Sitzbleiben in der Saale und auf den Plätzen und 47 Stimmen für das Hinausgehen aus dem Saale. Gleichzeitig wurde beschlossen, um alle Erörterungen in der Öffentlichkeit zu vermeiden, den Beschluß absolut diskret zu behandeln, auch den Parteigenossen gegenüber. Wesenden erregte es, als in der darauffolgenden Fraktionsitzung vom Fraktionsvorsitz mitgeteilt wurde, daß etwa sechs bis acht Fraktionsmitglieder, die bei der Abstimmung gesehlt hatten, nachträglich die Erklärung abgegeben hätten, sie würden gegen den gefassten Beschluß gestimmt haben; von einem Genossen wurde mitgeteilt, daß er dafür gestimmt haben würde, ein zweiter Genosse erklärte dasselbe in der Sitzung. . . . Zur sachlichen Begründung des von der Fraktion am 4. Februar gefassten Beschlusses haben keinerlei Argumente für einen verjüngsten Kampf gegen die Monarchie oder die Person des Kaisers eine Rolle gespielt. Auch hat kein Mensch unter den Befürwortern des Verbleibens im Saale daran gedacht, eine „antimonarchische Demonstration“, oder überhaupt auch nur eine politische Demonstration damit zu befürworten. Ja, als nach Zurückziehung des Verschleppungsantrags in der letzten Fraktionsitzung ein anderes Mitglied der Rechten hyperbald wurde, und nunmehr beantragte, die Fraktion solle das Kaiserhoch mit einem Hoch auf das Wahlrecht beantworten, da lehnte die Fraktion diese Demonstration ohne Diskussion glatt ab. Es hat sich bei dem veränderten Verhalten der Fraktion also ganz einfach nur darum gehandelt, der durch die Größe der Fraktion eingetretenen Veränderung der äußeren Umstände beim Kaiserhoch in einer Weise Rechnung zu tragen, daß die persönliche Würde der Fraktionsmitglieder und das Ansehen und die Verantwortlichkeit der Gesamtfraktion gewahrt wurde. Dafür war die völlige Ignorierung des byzantinischen Aktes die gegebene Form geworden. So wenig die Fraktion Ursache hat, ihr Vorgehen irgendwie vor irgendwem zu entschuldigen, so wenig hat sie Grund, sich nachträglich — sei es von Gegnern oder von Parteigenossen — Motive unterstellen zu lassen, die sie nicht gehabt hat. Niemand hat eine „Demonstration“ beabsichtigt gehabt.“ Soweit der Abg. Dittmann. Seine Ausführungen sind ja wohl nicht anders aufzufassen, als ein nachträglicher Versuch der Rechtfertigung und Entschuldigung. An den Tatsachen kann dieser Versuch aber nichts ändern. Das ostentative Sitzbleiben beim Kaiserhoch mußte wie eine antimonarchische Demonstration wirken und hat auch auf alle Angehörigen der bürgerlichen Parteien wie eine solche gewirkt. Hoffentlich wird der Reichstag durch eine entsprechende Änderung seiner Geschäftsordnung der Wiederkehr solcher Szenen vorbeugen.

Der Kriegsminister gegen die Beschimpfungen der Armee. Lebhaft Zustimmung und Beachtung findet in einem großen Teil der Presse die Tatsache, daß man im Kriegsministerium nicht mehr, wie das früher oft geschah, die Verleumdung des Heeres und seiner Einrichtungen lediglich mit Verachtung strafte, sondern mit aller Schärfe das Geseh gegen sie in Anspruch nimmt. So schreibt die

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“ u. a.: „In den Kreisen derer, die gewohnt sind, den Mund besonders voll zu nehmen, denen aber nachträglich meistens vor ihrem eigenen Mute graut, wenn sie plötzlich gezwungen werden, die Folgen einer Handlungsweise auf ihre Schultern zu nehmen, herrscht zurzeit eine mehr als unbehagliche Stimmung! Wir meinen die Federhelden der Sozialdemokratie und der ihr geistig nahestehenden, verwandten Richtung. Von der Leipziger Straße her weht augenblicklich ein scharfer, erfrischender Wind, der zerteilend in das trübe Gewölke hineinfährt, das diese Reute der professionellen Verhegung immer wieder künstlich aufzumauern versuchen, damit die große Menge nur ja nicht die Dinge so sieht, wie sie in Wirklichkeit sind, sondern wie sie sich die Sozialdemokratie für ihre Zwecke denkt und ausmalt. Es ist gewiß kein angenehmes Geschäft, immerfort mit dem Besen in schmutzigen Ecken herumzuklopfen und geistigen Schmutz aufzuräumen. Aber es ging nicht anders! Und schon spürt man die Wirkung! Es mögen zurzeit wohl ein halbes Dutzend Fälle und mehr sein, wo seitens des Kriegsministeriums Anklagen gegen Persönlichkeiten schweben, die glaubten, sie dürften sich ungestraft hinsetzen und Dinge verächtlich behandeln, die dem deutschen Volke eine sehr ernste Sache sind. Es ist recht peinlich, wenn man bei den Vorbernehmungen mehrfach vor den Rada zitiert, eingehend vernommen und dringend befragt wird, auf Grund welchen Materials man solche Schmähungen schrieb, aus welchen trüben Quellen man schöpfte und ob wirklich das Bestreben zu bessern und nicht vielleicht die Gier nach Sensation das treibende Motiv war. Das alles ist wenig angenehm, und wenn dann noch die vertane Zeit hinzukommt, dann kann man die Wochen vor so einem Prozeß unter Umständen für noch belehrender und heilender ansehen, als die später folgende Geldstrafe. Etwas anders ist es allerdings, wenn man solchen Mann, der alles besser wissen will, wirklich einmal auf längere Zeit hinter Schloß und Riegel bringt. In diesem Falle pflegt eine strafrechtliche Verfolgung auf lange Zeit hinaus eine abfällige Wirkung auszuüben. Wir können uns freuen, daß unsere Militärbehörden mit dem alten Prinzip ausgeräumt haben und nunmehr gewillt sind, mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorzugehen.“

Der Kaiserbesuch in Konopischt.

Schloß Konopischt, 12. Juni. Nachdem gestern mehrere Gewitter mit reichem Regengüssen niedergegangen waren, herrschte heute vormittag heiteres, sonnenklares Wetter. Der Bahnhof war mit Blumen, Tannen und Blattpflanzen überaus reich geschmückt. Von einem offiziellen Empfang wurde Abstand genommen. Darin ist schon der familiäre und intime Charakter des Besuches ausgedrückt. Um 8.50 Uhr traf Erzherzog Franz Ferdinand mit Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg mit ihren Kindern, dem Prinzen Max, der Prinzessin Sophie und dem Prinzen Ernst auf dem Bahnhof ein. Der Erzherzog trug die Oberstuniform seines preussischen Manenregiments. Punkt 9 Uhr lief der deutsche Hoizug in den Bahnhof ein. Kaiser Wilhelm, der preussische Hofjagdmann mit Stodk trug, verließ den Salonwagen und schritt auf den Erzherzog zu. Die Begrüßung war ungewein herzlich. Die hohen Herren küßten einander. Der Kaiser küßte der Herzogin die Hand. Nach der Vorstellung der Gefolge reichte Kaiser Wilhelm der Frau Herzogin den Arm und verließ in Begleitung des Erzherzogs durch den in einen Blumenhain umgestalteten Hofwartesalon den Bahnhof. In diesem Augenblick wurden aus einem Geschütz in Tuzinka, dem Jagdschloß des erzherzoglichen Rebers, 21 Salutschüsse gelöst. Kaiser Wilhelm nahm im erzherzoglichen Hofautomobil, das die Kaiserstandarte aufgesteckt hatte, Platz, ihm zur Linken Erzherzog Franz Ferdinand. In weiteren Automobilen folgten Frau Herzogin von Hohenberg mit ihren Kindern und sodann die beiderseitigen Gefolge. Die Fahrt ging über die Bezirksstraße zunächst an Feldern und Wiesen vorbei und dann die zum Schlosse führende Straße entlang. Im Augenblick der Einfahrt in das Schloß Konopischt wurde auf dem kleinen Turm die Kaiserstandarte hochgezogen. Der Erzherzog geleitete seinen hohen Gast in das Maria Theresienappartemen

und zog sich in seine Gemächer zurück. In der Begleitung des Kaisers befinden sich u. a. folgende Herren: Generaladjutant Generaloberst von Pleßfen, Großadmiral von Tirpitz und Obersthofmeister Freiherr v. Reischach.

Schloß Ronowisch, 12. Juni. Um 10 Uhr wurde ein Rundgang durch das Parterre und den üppig prangenden Rosengarten angetreten. An dem Rundgang nahmen der Kaiser, der Erzherzog, die Herzogin und die Kinder teil. Der Kaiser äußerte wiederholt sein Entzücken über die einzigartige Schönheit des Rosengartens. Der Erzherzog gab dem Kaiser Aufklärungen und machte ihn auf die Schönheiten der besonders sehenswerten Partien aufmerksam. Der Kaiser kehrte dann an das Eingangstor zurück. Hier standen Wagen bereit, um die höchsten Herrschaften nach den entfernten Partien des Parks zu fahren.

Ronowisch, 12. Juni. Am Nachmittag wurde, da der Regen nachgelassen hatte, die Besichtigung des erzherzoglichen Reviers in Wagen und Automobilen fortgesetzt. In Bomenitsch wurde die Baumhülle einer eingehenden Besichtigung unterzogen, wobei der Erzherzog selbst den Kaiser durch die Pflanzungen führte. Ein heftiger Regenguß machte der Erkursion ein vorzeitiges Ende. Um 6 Uhr wurde im Schloß der Tee eingenommen. Um 8 Uhr fand im großen Speisesaal ein Dinner statt. Nach der Tafel hielten der Kaiser und die höchsten Herrschaften Cercle ab.

Zum Tode des Großherzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz.

* Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Der Großherzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz ist gestern abend nach schwerem Leiden sanft entschlafen. Mit tiefer Anteilnahme wird die Trauerbotschaft, auf die man nach den ärztlichen Berichten vom Krankenlager des hohen Herrn gefaßt sein mußte, wie in den mecklenburgischen Landen auch in dem weiteren deutschen Vaterlande aufgenommen. In dem heimgegangenen Großherzog verliert Mecklenburg-Strelitz einen fürsorglichen und gütigen Landesheeren, das Reich einen hochgeschätzten und bewährten Bundesfürsten, der dem deutschen Kaiserthum durch seine verwandtschaftlichen Beziehungen wie in treu gepflegter Freundschaft nahe stand. In seiner Regierungszeit von wenig mehr als zehn Jahren erwarb sich der Verbliebene um die Entwicklung des Landes Verdienste, die ihm ein ehrenvolles Andenken bei seinen treuen Mecklenburgern und bei dem deutschen Volke sichern.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Mit dem Kaiserthum nimmt an der Trauer, die das Herrscherhaus von Mecklenburg-Strelitz und sein Land betroffen hat, das deutsche Volk warmen Anteil. Bestehen doch zwischen dem Hause der Hohenzollern und der herzoglichen Familie von Mecklenburg-Strelitz, dem unsere unvergeßliche Königin Luise entsprossen ist, alte enge verwandtschaftliche Beziehungen, die durch die bundesrechtliche Befindung des verewigten Fürsten eine unablässige Pflege fanden. Seit seiner Thronbesteigung betätigte der Großherzog diese Befindung jederzeit und sah in einem regen Interesse an den Reichsangelegenheiten zugleich eine Förderung des eigenen Landes, dem er von Beginn an bis zu seinem letzten Atemzuge ein treuherziger Herrscher gewesen ist.

Schwerin, 12. Juni. Im Regierungsblatt wird angeordnet, daß anlässlich des Ablebens des Großherzogs Adolf Friedrich V. ein allgemeines Trauergebet täglich mittags von 12 bis 1 Uhr in sämtlichen Kirchen des Landes 14 Tage hindurch stattfinden soll. Auch soll am Beisetzungstage im ganzen Lande weder Konzerte noch Schauspiel gestattet sein. Die öffentlichen Behörden bedienen sich drei Wochen lang des schwarzen Siegels.

Berlin, 12. Juni. Heute nachmittag fand für den verstorbenen Großherzog von Mecklenburg-Strelitz in Anwesenheit des gegenwärtigen Großherzogs, der großherzoglichen Familie und deren fürstlichen Auserwählten im Sterbehause eine kurze Trauerfeier statt. Die Trauerrede hielt der mecklenburgische Hofprediger Superintendent Horn. Der Feier wohnten u. a. bei: der Kronprinz, das Prinzenpaar August Wilhelm, der mecklenburgische Gesandte, die Offiziere des 1. und 2. Gardenlanenregiments und verschiedene Persönlichkeiten aus den Umgebungen des Kaisers und der Kaiserin.

Berlin, 13. Juni. Die irdische Hülle des verstorbenen Großherzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz ist kurz nach Mitternacht nach dem Stettiner Bahnhof übergeführt worden. 16 Unteroffiziere des 2. Gardenlanenregiments trugen den schweren Metallfarg auf den Trauerwagen. An die Spitze des Zuges setzte sich eine halbe Schwadron der 2. Gardenlanen, während die andere Hälfte hinterherritt. In einer Reihe von Wagen folgten der Vertreter des Kaisers, Generaloberst von Kessel, die Großherzoginwitwe Elisabeth, der junge Großherzog, die Herren der mecklenburgischen Gesandtschaft und andere. Erst gegen 1¼ Uhr traf der Zug auf dem Stettiner Bahnhof ein, wo der Sarg in einem schwarzdrapierten Wagen niedergelegt wurde, während ein zweiter Wagen die Hülle von Blüthen aufnahm. Nach einem Gebet begaben sich die

Fürstlichkeiten zu ihren Hotels, um heute früh dem toten Fürsten das letzte Geleit zu geben.

Berlin, 12. Juni. Der Kaiser hat an den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz folgendes Beileidstelegramm gerichtet: Neues Palais, 11. Juni, 11.05 Uhr nachmittags. Tief erschüttert durch Deine Mitteilung von dem Hinscheiden Deines Vaters, die ich eben im Augenblick meiner Abreise erhielt, bitte ich Dich den Ausdruck meines tiefempfundenen Beileids entgegenzunehmen und Deiner so schwer betroffenen Mutter auszusprechen. Möge der Herr Dir Kraft geben, Dein neues Amt mit Energie zum Wohle Deiner Untertanen auszuüben. Er tröste Euch alle wie auch die arme Großtante Augusta. Die Kaiserin schließt sich mir von Herzen an. Wilhelm.

Neustrelitz, 12. Juni. Der Großherzog Adolf Friedrich VI. hat eine Proklamation erlassen, in der er verkündet, daß er die Regierung des mecklenburg-strelitzischen Landes angetreten habe. Es wird eine dreimonatige Landesstrauer und eine sechsmonatige Hofstrauer angeordnet. Die Truppen wurden heute vormittag vom jetzt regierenden Großherzog vereidigt. In der Residenzstadt sind die Flaggen auf Halbmast gehißt. Viele Häuser haben Trauerämmer angelegt.

Großherzog Adolf Friedrich VI.

* Der nunmehrige Großherzog Adolf Friedrich VI. vollendet am 17. d. M. sein 32. Lebensjahr. Er trat als Leutnant in das 1. Gardenlanenregiment in Potsdam ein, nachdem er bereits am 30. Juli 1892 als Leutnant à la suite des 2. Bataillons des Mecklenburgischen Grenadierregiments Nr. 89 gestellt worden war. Am 30. Mai 1908 rückte er zum Oberleutnant auf, wurde im Jahre 1910 à la suite des Regiments gestellt, am 13. September 1911 Rittmeister (mit dem Diensttitel als Hauptmann à la suite des Mecklenburgischen Grenadierregiments Nr. 89) befördert und 1912 zu den Offizieren à la suite der Armee versetzt. Er ist noch unvermählt. Die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ bemerkt zu seinem Lebensgang:

Nach Vollendung der Studien in Dresden und München begann die militärische Ausbildung des Prinzen. Er trat bei dem 1. Gardenlanenregiment in Berlin ein, dem er mehrere Jahre als Offizier angehörte. In diese Zeit fällt eine größere Reise nach Afrika, die der damalige Erbgroßherzog gemeinschaftlich mit dem befreundeten Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin unternahm. Während des Aufenthalts in Berlin trat Seine königliche Hoheit der damalige Erbgroßherzog infolge der verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem preussischen und mecklenburg-strelitzischen Fürstentum seiner Majestät dem Kaiser und seinem hohen Hause näher, dem Kaiser, den er zum ersten Male als neunjähriger Knabe gelegentlich der Vermählung der Herzogin Helene von Mecklenburg-Strelitz mit dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg in Kemplin hatte begrüßen dürfen. Im Jahre 1911 verließ der Erbgroßherzog den Militärdienst und siedelte nach Neustrelitz über, um sich durch seine Tätigkeit im Ministerium auf seinen künftigen hohen Beruf vorzubereiten. Während des Kaisermandats 1912 wurde Seine königliche Hoheit vom Kaiser zum Hauptmann und Rittmeister ernannt. ...

* Ausland.

Das Ministerium Ribot gestürzt.

Paris, 10. Juni. Die Gruppe der Radikalen und Sozialistisch-Radikalen ist heute nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Das Protokoll besagt, daß die Gruppe einmütig erklärt hat, daß das Ministerium Ribot durch seine Zusammensetzung sich nur auf eine Mehrheit der Rechten stützen könne, und daß die Partei der Radikalen und Sozialistisch-Radikalen die Pflicht habe, ihm ihr Vertrauen zu verweigern. Die Gruppe faßte darauf durch geheime Abstimmung mit 109 gegen 4 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen den Beschluß, daß alle Mitglieder der Gruppe sich mit diesem Beschlusse einverstanden erklären und in demselben Sinne abstimmen müßten.

Paris, 12. Juni. (A. m. m. r.) Die Tribünen waren heute dichtbesetzt. Alle Abgeordneten waren auf ihren Plätzen, als Ribot unter dem Schilde des Hauses seine ministerielle Erklärung vorzulesen begann. Die Stelle über das Dreijähriges Gesetz entfiel bei der äußersten Linken auf: „Nieder mit den drei Jahren“, die von der Rechten, dem Zentrum und einem Teile der Linken, im ganzen von ungefähr 350 Abgeordneten, durch anhaltende Beifallsrufe überhört wurden. Der Schluß der Rede wurde vom Zentrum und einem Teil der Linken mit Beifall aufgenommen. Darauf begründete der geeinigte Radikale Busch eine Interpellation über die allgemeine Politik.

Paris, 12. Juni. Nach einer sehr bewegten Debatte wurde die von dem geeinigten Radikalen Dalimier und Gen. eingebrachte Misstrauens-Tagesordnung mit 306 gegen 262 Stimmen angenommen. Das Abstimmungsresultat wurde von der gesamten Linken mit stürmischem Beifall begrüßt. Die Minister verließen sofort den Saal, um dem Präsidenten der Republik ihre Demission zu überreichen.

Paris, 13. Juni. Aus dem Abstimmungsergebnis geht hervor, daß die geeinigten Radikalen, die republikanischen Sozialisten und die geeinigten Sozialisten entsprechend der ausgegebenen Parole geschlossen gegen das Ministerium Ribot gestimmt haben.

Paris, 13. Juni. Der Präsident der Republik hat die Demission des Kabinetts Ribot angenommen.

Paris, 13. Juni. Gestern Abend ist es auf einem Boulevard zwischen Anhängern und Gegnern des Kabinetts Ribot zu leichten Zusammenstößen gekommen, wobei es unter lauten Zurufen hier und da Schlägereien gab. Der Polizei gelang es leicht, die Ruhe wieder herzustellen; Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Luxemburg, 11. Juni. Aus Anlaß der Wahl des Großgrundbesizers Sillers, der früher preussischer Reiteroffizier war, kürzlich die luxemburgische Staatsangehörigkeit wieder erlangte, und jetzt großherzoglicher Kammerherr ist, fand laut „Vossischer Zeitung“ eine Kundgebung statt, die darin bestand,

daß die Menge der Hauptfigur des Denkmals für den luxemburgischen Nationaldichter auf dem Paradeplatz eine Bichelhaube aufsetzte und unabhängig die luxemburgische Nationalhymne sang mit dem Refrain: Wir wollen keine Preußen sein!

Rom, 12. Juni. Nach einer verspätet eingetroffenen Nachricht aus Neapel sind dort gestern abend neue schwere Ausschreitungen vorgekommen. Ein Trupp vorbestrafter Leute, der seit langem allerlei Schäden anrichtet, warf mit Steinen gegen einen Zug Verhafteter. Als aus einem Hause auf die Truppe geschossen wurde, erwiderte diese Schuß um Schuß. Zwei Manifestanten wurden getötet. Nachdem die Arbeiterverbände den Streik für beendet erklärt haben, ist die Ruhe zurückgekehrt. Ausständige sind an den Ausschreitungen unbeteiligt. Die Truppen kehrten nach 18stündigem Dienst in die Kasernen zurück. Aus Mailand, Genua und Turin wird gemeldet, daß dort vollkommene Ruhe herrscht. Auch in Neapel war heute vormittag alles ruhig, ebenso in Neapel. In der Umgebung von Neapel beschädigten Ausständige die Telephon- und Telegraphendrähte der Eisenbahnlinie. Zur ihrer Verfolgung wurden Truppen entsandt.

Athen, 10. Juni. Ministerpräsident Venizelos gab in der gestrigen Kammer über die Neuorganisation der Armee folgende Erklärung ab: Daß den gemachten Ausgaben ist der Staat jederzeit in der Lage, den Mobilisierungszustand durchzuführen. Ich bin glücklich, der Kammer mitteilen zu können, daß die Ausgaben, welche der Staat noch während der beiden letzten Kriege aufzuwenden begonnen hat, um seine Zukunft zu sichern, derart sind, wie sie noch kein anderer Balkanstaat gemacht hat. Diese Ausgaben reichen hin, um die Nation vollständig darauf vorzubereiten, jede Eventualität ins Auge zu fassen. (Langanhaltender Beifall im Hause und auf den Tribünen.) Der Ministerpräsident erklärte weiter: Griechenland könnte nach Durchführung der Neuorganisation gegebenenfalls über eine halbe Million Mann verfügen. Diese Zahl können wir, fügte der Ministerpräsident hinzu, im laufenden Jahre nicht erreichen. Aber die Kammer kann versichert sein, daß Griechenland im heurigen Jahre die Truppen auf eine Stärke bringen kann, die genügt, um Ereignissen, die sich ergeben könnten, mit Ruhe entgegenzutreten.

Athen, 12. Juni. Die griechische Regierung ließ in Konstantinopel eine in sehr entschiedenem Tone gehaltene Note überreichen, in der sie fordert, daß die Verfolgungen des griechischen Elements eingestellt und der verursachte Schaden ersetzt wird. Die öffentliche Meinung ist überaus erregt und verlangt, daß die Regierung unerbittlich energisch einschreite.

Konstantinopel, 12. Juni. Aus hefter griechischer diplomatischer Quelle verlautet, daß der griechische Gesandte dem Großvezir mündlich erklärt hat, daß die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei einen gefährlichen Charakter annehmen würden, falls die irregulären türkischen Truppen, die Aivali einschließen, in die Stadt einbringen und sich dort unliebbare Vorfälle ereignen sollten.

Grossherzogtum Baden.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 13. Juni.

* Das Sommerachtsfest des Vereins Bildender Künstler ist der schlechten Witterung wegen auf Montag verschoben worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Sadischer Landtag.

Erste Kammer.

13. öffentliche Sitzung: Freitag, 12. Juni 1914

(Nachmittagsitzung.)

(Kurzer Bericht.)

Der Durchlauchtigste Präsident eröffnet die Sitzung wieder um 4 Uhr. In Fortsetzung der in der Vormittagsitzung begonnenen Tagesordnung berichtet namens der Budgetkommission Wirklicher Geheimrat Dr. Rürkin über die Position Hochschulen des Vorschlags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts und gelangt zu dem Antrag, die Anforderungen in Abereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer zu genehmigen. Nach Bekanntgabe eines von Freiherrn von Göler und einer Anzahl weiterer Mitglieder des Hauses unterzeichneten Antrags auf Aufhebung der Abteufung wird für Fortweisung an der Technischen Hochschule Karlsruhe in die Beratung eingetreten. Geh. Kirchenrat Professor Dr. Tröltzsch spricht eingehend über die vom Berichterstatter angeschnittenen schwebenden Fragen: die unerwünschte Überfüllung einzelner Studiengänge, die Ausländerfrage, die Frage des Frauenstudiums, die Frage des Doktorierens, die des Dienstleistungs der Hochschullehrer, die der Kollegengelder u. a. Redner schließt seine Ausführungen mit dem Dank an die Regierung für ihre sachgemäße Fürsorge für die Hochschulen. Geh. Hofrat Professor Dr. Fabricius weist auf die Vorteile hin, die dem Staat wie den beteiligten Städten aus dem Bestehen der Universitäten, ihrem Betrieb und ihrem Besuch nicht nur in ideeller, sondern auch in materieller Hinsicht erwachsen, geht dann auf einige örtliche Wünsche der Freiburger Universität ein, spricht zu der Frage des zahnärztlichen Doktors sowie der Berufungen von Hochschullehrern und den bei diesen Berufungen im Interesse der Wissenschaft zu beachtenden Gesichtspunkten und schließt ebenfalls mit dem Dank an das Unterrichtsministerium und dessen Leiter. Auch Geh. Hofrat Professor Dr. von Dechthauer spricht zu einer Reihe der angeschnittenen Fragen, insbesondere auch der Frage der Ausländer, und verbreitet sich weiter über einzelne Verhältnisse an der Technischen Hochschule Karlsruhe, dankt dabei namentlich für die reichlichen Beiträge, die der Hochschule in letzter Zeit aus privaten Mitteln zugeflossen sind, und schließt seine Ausführungen neben dem Dank an die Regierung für ihre bisherige Förderung mit der Bitte.

ste möge auch der Förderung der körperlichen Ausbildung der akademischen Jugend ihre tatkräftige Unterstützung zuteil werden lassen. Freiherr von Göler begründet eingehend den Antrag auf Aufhebung der Abteilung für Forstwesen an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Dem Antrag tritt Geh. Hofrat Professor Dr. von Dechelhaeuser entgegen. Freiherr von Mengingen spricht sich für den genannten Antrag aus, bringt den Wunsch nach Errichtung eines Lehrstuhls für Sozialethik an der Universität Freiburg zum Ausdruck und trägt weiter einige örtliche Wünsche und Anträge der Universitäten Heidelberg und Freiburg vor. Nach kurzer Erwiderung des Geheimen Hofrats Professor Dr. von Dechelhaeuser ergreift der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Böhm das Wort, um sich zu den in der Debatte angeschnittenen Fragen zu äußern und zu den vorgetragenen Wünschen und Beschwerden Stellung zu nehmen. Den Antrag auf Aufhebung der Forstabteilung der Technischen Hochschule Karlsruhe bittet der Minister abzulehnen. Der Antrag wird sodann vom Hause abgelehnt. Die zur Beratung stehenden Budgettitel werden nach den Anträgen der Kommission angenommen.

Schluss der Sitzung 8 Uhr 20.

14. öffentliche Sitzung: Samstag, 13. Juni 1914. (Kurzer Bericht.)

In der kurz vor 10 Uhr von dem Durchlauchtigsten Präsidenten eröffneten Sitzung führt von den zur Beratung stehenden Anträgen aus dem Budget der Unterrichtsverwaltung (Berichterstatter Wirklicher Geheimrat Dr. Bürklin) nur die Anforderung für Jugendpflege zu einer längeren Debatte, in deren Verlauf nach kurzen Ausführungen des Geh. Hofrats Professor Dr. Dechelhaeuser im Interesse einer Unterstützung des Karlsruher Jugendbildungsvereins Dr. Freiherr von Stöckingen sich gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen und die freideutsche Jugendbewegung wendet. Geh. Hofrat Professor Dr. Fabricius das Verhältnis der deutschen Turnerschaft zur Jugendbewegung erörtert, während Minister Dr. Böhm sich eingehend über die Entwicklung der deutschen Jugendbewegung, die Stellung der Regierung zu ihr und die für eine Unterstützung der einzelnen Organisationen maßgebenden Grundsätze ausspricht. Geh. Hofrat Professor Dr. Dechelhaeuser erstattet Bericht über die Budgetforderungen für Wissenschaften und Künste, Professor Dr. Thoma betont, daß er nicht in Unfrieden von der Akademie der bildenden Künste geschieden sei, und geht auf allgemeine Fragen der Kunst ein. Nach kurzen Ausführungen des Geh. Hofrats Professors Dr. Fabricius und des Bürgermeisters Bieneisel erörtert Minister Dr. Böhm die einzelnen Anregungen des Berichterstatters und der übrigen Redner unter Darlegung des Regierungsstandpunktes. Der Minister geht auf die wegen Besetzung von Lehrstellen an der Akademie der bildenden Künste gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe ein unter Hinweis auf die großen Schwierigkeiten, denen die Lösung dieser Fragen begegnet, die er aber in günstigem Sinn erhofft. Dr. Freiherr von Stöckingen verteidigt die kirchlichen Forderungen gegen ein Denkmalschutzgesetz erhobenen Bedenken. Sämtliche Anforderungen werden genehmigt. Der Gesekentwurf, die Abänderung des Rechtspolizeigesetzes betr. (Berichterstatter Wirklicher Geheimrat Dr. Dorner) wird in der Fassung der Zweiten Kammer nach kurzen Ausführungen des Dr. Freiherrn von La Roche gegen 3 Stimmen angenommen. Von den zur Beratung stehenden Petitionen werden erledigt diejenigen der Krankenwärter an der Freiburger Universitätsklinik und der nichtetatmäßigen Institutsdiener an der Universität Freiburg, die Verbesserung ihrer Anstellungsverhältnisse, der letzteren auch um Gewährung einer Teuerungszulage, im ersten Punkte durch Überweisung zur Kenntnisnahme, im letzteren Punkte durch Übergang zur Tagesordnung, die Petitionen des Wirtschaftlichen Verbands bildender Künstler um Gewährung eines Staatsbeitrags und des Vereins badischer Landstrassenwärter um Verbesserung ihrer Gehalts-, Pensions- und Hinterbliebenenbezüge (Berichterstatter Freiherr von Göler) durch Überweisung zur Kenntnisnahme, die Petition des Gemeinderats Plankstadt um Einreichung in die II. Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs (Berichterstatter Dr. Freiherr von La Roche) durch Übergang zur Tagesordnung.

Schluss der Sitzung gegen 1/3 Uhr.

Zweite Kammer.

88. öffentliche Sitzung: Freitag, 12. Juni 1914. (Kurzer Bericht.)

In der kurz nach 1/5 Uhr eröffneten Sitzung wird die Eisenbahnbaudebatte fortgesetzt. Die Abg. Süßkind, Dr. Blum und Kramer bringen die Bahnhofsverhältnisse in Mannheim zur Sprache, auf welche auch Generaldirektor Staatsrat Roth kurz eingeht. Beim Bahnhof Hohenheim bittet Abg. Kahn um eine Verlegung der Bahnsteigsperrre, während hinsichtlich des Bahnhofumbaus in Heidelberg nach einer kurzen einleitenden Bemerkung des Berichterstatters Abg. Göhring Finanzminister Dr. Rheinboldt unter Zurückweisung eines von Abg. Dr. Koch erhobenen Vorwurfs bestreitet, daß den Interessen der Stadt Heidelberg hierbei nicht genügend Rechnung getragen worden ist, und die Hoffnung ausspricht, daß dieser Bahnhof bis zum Jahre 1917 in Betrieb genommen werden kann. Die auf die Bahnhöfe

in Lauda, Kirchheim und Weingarten sich beziehenden Positionen werden nach kurzen Ausführungen der Abg. Dr. Schöfer, Bitter und Kurz, sowie des Generaldirektors in gleicher Weise wie die vorangegangenen angenommen. Bei der den Bahnhofumbau in Pforzheim betreffenden Position entspinnt sich eine lebhafte Debatte zwischen den Vertretern der Stadt Pforzheim, den Abg. Odenwald und Stöckinger, sowie dem Finanzminister Dr. Rheinboldt und Oberbaurat Tegeler, wobei regierungsseitig unter Hinweis auf die gerade bei diesem Projekt sich ergebenden besonderen Schwierigkeiten auf die Baugeschichte des näheren eingegangen wird. Beim Personenbahnhof Karlsruhe befassten sich die Abg. Kolb und Rebmann mit den gegenwärtigen Zuständen am Westbahnhof und geben hierbei dem Wunsch Ausdruck, daß die Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe, deren Verzögerung von Abg. Kolb unter dem Widerspruch des Finanzministers Dr. Rheinboldt und des Ministerialrats Wolpert in erster Linie der Eisenbahnverwaltung zur Last gelegt wird, in Wälde in einer die Stadt Karlsruhe zufriedenstellender Weise zum Abschluß gelangen mögen. Es sprechen des weiteren noch Abg. Dr. Gönnert, der die für die Beseitigung der unhaltbaren Zustände am Karlsruher Güterbahnhof vorgeesehenen Mittel für völlig ungenügend hält, Generaldirektor Staatsrat Roth, dem die geringfügige Beurteilung der vorgeschlagenen Änderungen durch seinen Vorgesetzten unbegreiflich erscheint, und Abg. Kolb, der auf die von der Generaldirektion mit der Stadt Karlsruhe über die Gleisanlagen am Rheinhafen geführten Verhandlungen zurückkommt u. von dem Generaldirektor Staatsrat Roth darauf aufmerksam gemacht wird, daß durch die nachträgliche Umarbeitung dieses Projekts einem Wünsche der Stadt Karlsruhe entsprochen wurde. Nach weiteren kurzen Ausführungen der Abg. Engelhardt und Dietrich sowie des Oberbaurats Tegeler werden die auf die Herstellung einer Unter- bzw. Überführung am Offenburger Bahnhof sich beziehenden Anträge des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei durch die Abg. Wittmann und Muser zurückgezogen. Hierbei kommt es wegen der Einreichung dieses schriftlichen Antrages zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und dem Zentrum. Die zum Teil recht erregte Debatte, an der sich die Abg. Seubert, Muser, Wittmann, Prääsident Rohrhurst sowie die Abg. Spang, Dr. Wirth, Kopf, Benedek und Dr. Schöfer beteiligen, gibt dem Präsidenten Veranlassung, unter Hinweis auf die von dem Minister des Innern in Konstanz über den persönlichen Verkehr der Mitglieder des Hauses gesprochenen Worte, an das Haus die Mahnung zu richten, alles zu vermeiden, was das persönliche Verhältnis zu trüben in der Lage sei. Nach einem kurzen Schlusswort des Berichterstatters Abg. Göhring wird sodann die Sitzung nach 1/8 Uhr geschlossen.

89. öffentliche Sitzung: Samstag den 13. Juni 1914. (Kurzer Bericht.)

Zu Beginn der 1/10 Uhr eröffneten Sitzung kommt Finanzminister Dr. Rheinboldt auf eine Anfrage des Abg. Schöple wegen der Beziehungen des früheren Generaldirektors zu der Bad. Lokaleisenbahnaktiengesellschaft zurück, um hierbei einem Wünsche der Witwe des Verstorbenen entsprechend in Ergänzung seiner früheren Ausführungen die Erklärung abzugeben, daß dieser um die badische Eisenbahnverwaltung so hochverdiente Beamte zu keiner Zeit im Besitz von Aktien der genannten Gesellschaft gewesen sei. Der am Schluss der gestrigen Sitzung erfolgte Zusammenstoß der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums findet sodann auch in der heutigen Sitzung insofern einen Nachklang, als Abg. Muser gerne anerkennen will, daß der Vorwurf der Beteiligung an den erwähnten Offenburger Angelegenheiten weder gegen die Zentrumsgruppe als solche, noch auch gegen einen ihrer Angehörigen erhoben werden könne, während Abg. Spang einen gegen Abg. Muser erhobenen Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt. Im Anschluß hieran wird die Beratung des Eisenbahnbaubudgets, an der sich neben dem Berichterstatter Abg. Göhring Abg. Massa, dieser unter gleichzeitiger Zurückziehung seines Antrages, den Eisenbahnbetrieb auf der Strecke Lahr—Dinglingen betr., ferner die Abg. Fischer, Rehm, Dr. Gerber, Morgenthaler, Müller-Eppingen, Seubert, Herbst, Krauth, Bitter, Niederbühl, Bechtold und Müller-Weinheim, sowie Generaldirektor Staatsrat Roth und die Oberbauräte Courtin und Tegeler beteiligen, zu Ende geführt. Dabei entspinnt sich noch eine längere Debatte zwischen den Abg. Dietrich, Benedek, Rebmann, Seubert, Graf, Schirmeister und Finanzminister Dr. Rheinboldt über die Neugestaltung der Bahnhofsverhältnisse in Konstanz. Hierauf finden sämtliche zur Beratung stehende Positionen des Eisenbahnbaubudgets ebenso wie der Antrag der Abg. Bitter und Gen., den Ausbau und Neubau von Bahnen auf dem flachen Lande betr., einstimmige Annahme. Finanzminister Dr. Rheinboldt äußert sich noch kurz zu zwei einstweilen zurückgestellten Positionen, um hierbei hervorzuheben, daß hinsichtlich der Bahn Neckarsteinach—Schönau die Zustimmung der besessenen Regierung zu dem ihr mitgeteilten Entwurf eines Staatsvertrags nun eingekommen sei und dieser daher wahrscheinlich noch im Laufe der nächsten Woche vorgelegt werden könne.

Schließlich wird die Petition aus den oberen Gemeinden des Schlüchttals um Errichtung einer Station im Seebriegg auf Grund des Berichts des Abg. Göhring nach kurzen Ausführungen des Abg. Duffner für erledigt erklärt und die Sitzung 1/2 Uhr geschlossen.

Wien, 12. Juni. Kaiser Wilhelm verließ dem Schriftsteller und Vertreter der „Nordd. Allg. Ztg.“ in Wien, Hermann Greiml, den Kronenorden 3. Klasse.

Wien, 12. Juni. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Durazzo: Hier verlautet, der Ministerrat habe beschlossen, an die Aufständischen ein Ultimatum zu richten, in dem diese aufgefordert werden, sich binnen 24 Stunden bedingungslos zu unterwerfen und die Waffen abzuliefern. Im Falle der Nichterfüllung der Forderung soll am Samstag von allen Seiten ein konzentrischer Angriff auf die Aufständischen erfolgen. Ferner verlautet, daß die fürstentumlichen Truppen gestern Ischmi erobert und die Aufständischen von dort vertrieben hätten.

Karlsbad, 13. Juni. König Gustav von Schweden ist heute vormittag im Automobil nach Baden abgereist.

Rom, 13. Juni. Zu Ende der Kammeritzung gab der Ministerpräsident Salandra Auskunft über die Vorfälle in der Romagna. Sie seien wahrscheinlich der verfrühte Ausbruch einer wohl vorbereiteten Verschwörung. Der Plan der Verschwörung scheine auf Isolierung einiger Städte, namentlich von Ravenna, gegangen zu sein, wo der Polizeichef tödlich verwundet worden sei. Jetzt sei die Stadt ruhig, aber das Landgebiet immer noch in Aufregung. Die Regierung sei entschlossen, ihre verantwortungsvolle Aufgabe mit Menschlichkeit, aber auch energisch zu erfüllen. (Sehr lebhaft Zustimmung.)

Ancona, 13. Juni. Der Verband der Eisenbahner hat beschlossen, die Arbeit sogleich wieder aufzunehmen.

Verchiedenes.

Militärluftschiff 3. I verunglückt.

Diedenhofen, 13. Juni. Das Militärluftschiff 3. I. ist heute mittag kurz vor 12 Uhr auf der Fahrt von Göln nach Neß bei Diedenhofen gelegentlich einer Notlandung verunglückt. Das Luftschiff, das durch den Regen ohnedies stark beschwert war, wurde von einer senkrechten Bö zu Boden gedrückt und knickte zwischen Gondel und Steuer rechtwinklig durch. Ein Oberleutnant wurde verletzt. Das Luftschiff muß abmontiert werden.

* Schwere Unglück auf der Fliegerstation Graubenz. Am Freitag explodierte auf der Graubenger Fliegerstation beim Abfüllen in den Benzintank ein Benzinfäß, wobei der Unteroffizier Vertram-Gewensleben (Kreis Helmstadt), Sergeant Nahrstedt-Sandau (Kreis Jerichow, 2), Gefreiter Kühnlein-Erlangen und Gefreiter Müller-Stettin getötet wurden. Die Leichen wurden entsetzlich verstümmelt. Der Materialschaden ist erheblich. Weitere Personen wurden nach den bisherigen Ermittlungen nicht verletzt.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

(Angegeben ist der Kreis für Speerfisch 1. Abt.)

Samstag, 13. Juni. Abt. B. 65. Ab.-Vorst. „Götter von Verdingen mit der eisernen Hand“, Schauspiel von Goethe. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 11 Uhr. (4 M.)

Sonntag, 14. Juni. Abt. C. 66. Ab.-Vorst. „Cavalleria rusticana“ (Sizilianische Bauerntreue), Melodrama in 1 Akt von Mascagni. — „Der Bajazzo“, Drama in 2 Akten und einem Prolog von Leoncavallo. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (4.50 M.)

Im Theater in Baden.

Sonntag, 14. Juni. 5. Vorst. außer Ab. Einmalige Wiederholung des „Bauten Abends“. Anfang 8 Uhr, Ende 1/11 Uhr.

English Church.

Pfründnerhaus, Kaiserplatz.

Services. Prayers and Sermon 11. Holy Com. 12. Also H. C. at 8 a. m. at Sofienstraße 70.

Rev. E. H. Tottenham M. A., Permanent Anglo-American Chaplain.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. vom 13. Juni 1914.

Die Luftdruckverteilung hat sich nur insofern etwas geändert, als sich der Kern des noch fast ganz Nordostropa bedeckenden Hochdruckes auf die nördliche Nordsee verlegt hat. Mitteleuropa bildet auch heute noch ein umfangreiches Depressionsgebiet, das mehrere flache Minima enthält. Im Süden des Reiches herrscht Regenwetter, während es im Norden meist heiter und dabei warm ist. Eine wesentlich günstigere Gestaltung der Luftdruckverteilung ist vorerst nicht zu erwarten; es steht deshalb mäßig warmes Wetter mit Gewitterregen in Aussicht.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juni	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Feuchtigkeitsgrad in %	Wind	Himmel
12. Nachts 9 ^h II.	746.1	15.5	12.7	97	SO	Regen
13. Morgs. 7 ^h II.	745.8	14.5	11.9	97	SW	„
13. Mittags 2 ^h II.	746.1	17.0	12.2	85	„	„

Höchste Temperatur am 12. Juni: 23.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 14.4.

Niederschlagsmenge, gemessen am 13. Juni, früh: 10.1 mm.

Wasserstand des Rheins am 13. Juni, früh: Schutteninsel 2.70 m, Sülzbach: Neßl 3.45 m, gefallen 5 cm; Maxau 5.22 m, gefallen 12 cm; Mannheim 4.75 m, gefallen 8 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunische Hofbuchdruckerei in Karlsruhe 7

KIEL
Hotel Seebadeanstalt - Düsterbrook

: : Angenehmer Aufenthalt für Tage und Wochen : :
 Das Hotel ist durch seine vorz. Lage am Düsterbrook Gehölz und den prachtvollen Ausblick auf den Kriegshafen bekannt und sehr beliebt.
Das Restaurant ist während des ganzen Jahres geöffnet.
 Auto-Garage. Telefon: Hotel 382. Restaurant 366.

Für die Reisezeit

empfehlen wir zur sicheren Aufbewahrung von Silber, Schmucksachen und anderen Wertgegenständen (auch in größerer Verpackung, Koffer etc.) unter gesetzmäßiger Haftung der Bank unsere

Stahlkammern.

Ferner stellen wir

Reise-Kreditbriefe

auf alle größeren Plätze des In- und Auslandes aus und halten

fremde Geldsorten

vorrätig.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
KARLSRUHE

Kaiserstraße 146 gegenüber der Hauptpost

Lebensbedürfnisverein
Karlsruhe
 e. G. m. b. H.

Den verehrlichen Mitgliedern zur
 gefl. Kenntnisnahme, daß die neuen

**Kohlen- und Holz-
 Preislisten**

in unserem Kontor, sowie in sämtlichen Verkaufsstellen zur Empfangnahme aufliegen.

Der Vorstand.

A. 219

BAUGENEHMIGUNGEN

Von Großherzoglich badischen Bezirksämtern genehmigte Baugesuche.
 Veröffentlichungen erfolgen wöchentlich mehrmals (Ausnahme vorbehalten).

Amt Bruchsal.
 Hambrücken, Wendelin Mosbruder, Wohnhausbau. Heidelesheim, Ludwig Wegner, Wohnhaus u. Schweinefalle. Sittenheim, Johann Dreht, Schweinefalle. Ringolsheim, S. B. Bender, Schweinefalle u. Schuppen. Obergrombach, Anton Riß, Schopf. August Ritter, Schopf. Oberhanen, Matthias Adler, Wohnhaus. Adam Kern, Wohnhaus u. Schweinefalle. Fr. Schumacher, Zeme mit Schweinefalle. Josef Wankler, Schener, Schopf u. Schweinefalle. Oberwiesheim, Karl Riß, Wohnhaus, Schener, Schopf u. Schweinefalle. Defringen, Eugen Habich, Errichtung von Schweinefalle. Philippburg, Heinrich Gilliar, Biegenfall. Karl Zimmermann, Wohnhaus u. Acker. Rheinfein, Theodor Düm, Errichtung eines Stalles. Florian Dreht, Stallgebäude. Untergrombach, S. Mey, Errichtung einer Dachwohnung. Weiental, Hermann Reiter, Fahrradhalle.

Amt Karlsruhe.
 Staßfurt, Stephan Nagel, Schuppen, Stallung, Waschküche u. Lagerraum. Leutschneuren, Emil Glusik, Ritz, Schener, mit Stallung. Emil Glusik, Schloffer, Schuppen mit Waschküche. Welschneuren, Branereigel, vorm. S. Wöninger, Errichtung eines Stalles. Theobald Gamber, Wohnhaus, Schuppen u. Stallung.

Nussdorf am Bodensee
 bei Ueberlingen
 „Gut Hessenhof“ Land
 aufenthalt. See u. Wald. Gute
 Küche. Volle Pension 4 Mark.

Schülerpensionat Ettenheim (Bad.)
 nimmt Schüler auf, welche das hiesige Realgymnasium (Bollanthal) mit Abitur besuchen. Pensionspreis 450 M. Verpflegung durch darmherzige Schwestern. Aufsicht durch einen eigen. Hausgeistlichen. Prop. v. kath. Pfarramt Ettenheim.


**Mannborg-
 Harmoniums**
 empf. in grosser Auswahl
 der Alleinverreter
 für Karlsruhe u. Umgebung
Ludw. Schweisgut
 Hoflieferant
 4 Erbprinzenstrasse 4.
 Katalog K. M. auf Verlang.
 G. 593

Landwirtstöhne u. andere junge
 Leute finden an
 d. Landw. Lehranstalt u. Lehrwerkstatt,
 Braunschw. durch folgenden Ausschl. gute
 Grd. i. H. A. als Bewerber, Rechnungsf.
 u. Sekretär, i. H. B. als Möllereibeame.
 Ausf. Prop. f. h. d. Dir. Krause. In
 21 Lehr. Nr. 4000 Bel. i. H. v. 15-20 J.


Wendel-Treppen
 22 Nor-Schneideseisen
 fabriziert solid u. billig
FRIEDR. KOCH Sitzwahl. H. 99

Ranzleigehilfenstelle
 für mittleren Beamtenanwärter ist auf 1. Juli d. J. zu besetzen. Verwaltungssartulare bevorzugt. 1. 1911
 Karlsruhe, 12. Juni 1914.
 Groß. Bezirksamt.

Gebrüder Roeder
 Darmstadt.

Gegründet 1866. Gegründet 1866.
 Silb. Staatsmedaille. 40 erste Preise.

Dampfkoch-Anlagen. Dampf-Wasserbad-Kochanlagen.
 Kochherde für Großküchen mit Kohlen- und Gasheizung.

Ausgeführte Anlagen: Provinzial-Heil- u. Pflegeanstalt Badburg-Cleve (für 2500 Personen), größte Anstalt Deutschlands), Stadt Krankenhaus Ulm (für 500 Personen), Stadt Krankenhaus Offenbach (für 800 Personen), Stadt Krankenhaus Darmstadt (für 800 Personen), Provinzial-Heil- u. Pflegeanstalt Brieg, Heil- u. Pflegeanstalt Ansbach, Krankenhaus Erfurt, Lehrerseminar Lehr, Lehrerseminar Bensheim, Garnison-Lazarett Hanau und viele andere.

Man verlange Musterbuch Nr. 24. F. 425

Rheinische G 154
Treuhand-Gesellschaft A. G.
 O. 7, 26 MANNHEIM Tel. 7155
 Aktienkapital Mk. 1.500.000.—
 Weitverzweigte Beziehungen zu ersten Finanzkreisen

Bilanzprüfungen
 Buchhaltungs- u. Betriebsorganisationen
 Liquidationen — Sanierungen — Vermögens-Verwaltungen — Seriose Gründungen — Gutachten in Steuer- u. Auseinandersetzungsachen — Eingebende Beratung in Beteiligungs-Angelegenheiten
 Unbedingte Verschwiegenheit.

**Moderne
 Hochleistungs-Dampfkessel-
 Anlagen**

**DAMPFKESSELFABRIK vorm.
 AKTIEN-GESELLSCHAFT
 DARMSTADT.**

F. 214

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit

1.135.32 Karlsruhe. Die Frau **Rosa Pösel** Witwe in Karlsruhe, Erbprinzenstr. 28, vertreten durch Rechtsanwältin Geier in Karlsruhe, hat das Aufgebot eines Wechsels über 200 M. — zweihundert Mark —, fällig per 25. Juni 1914, abgelehnt von Kaufmann **Karl Schneider** in Karlsruhe, Zähringerstraße 74, ausgestellt von Kolonialwarenhandler **Gottlieb Schöpf** in Karlsruhe, Lützenstraße Nr. 34, u. verfahren auf der Rückseite mit dem Giro des Kaufmanns **Gottlieb Schöpf**, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf
Montag den 28. Dezbr. 1914, vormittags 10 Uhr,
 vor dem Groß. Amtsgericht Karlsruhe anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.
 Karlsruhe, 9. Juni 1914.
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts A 5.

1.176. Baden. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Max Bauer** aus Frankfurt a. M. ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin bestimmt auf **Mittwoch den 1. Juli 1914, vormittags 10 Uhr,**
 Zimmer 17,
 Baden, 10. Juni 1914.
 Groß. Amtsgericht.

Konkursverfugung.
 1.177. Baden. Über das Vermögen des Wagenvermieters **Karl Friedrich Bierholzer** in Döschwehren, Gemeinde Dös, wurde heute am 12. Juni 1914, vormittags halb 11 Uhr, d. Konkursverfahren eröffnet.
 Rechtsanwältin **August Schärer** in Baden ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 11. Juli 1914 bei dem Gerichte anzumelden.
 Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte — Zimmer Nr. 17 — zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerauschusses u. einretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Samstag den 11. Juli 1914, vormittags 10 Uhr,**
 und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Samstag den 1. Aug. 1914, vormittags 10 Uhr.**
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 11. Juli 1914 Anzeige zu machen.
 Baden, 12. Juni 1914.
 Der Gerichtsschreiber **Groß. Amtsgerichts.**

Gläubiger über den gemachten Zwangsvergleichsvorschlag auf **Freitag den 10. Juli 1914, vorm. 9 Uhr,** vor **Groß. Amtsgericht** hier, **Zimmer 23,** bestimmt. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerauschusses sind auf der Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.
 Heidelberg, 12. Juni 1914.
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts 3.

1.182. Schönau i. W. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Edward Benber** in Zell ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf **Donnerstag den 2. Juli 1914, vormittags 11 Uhr,** vor dem Amtsgerichte hier selbst anberaumt.
 Der Vergleichsvorschlag ist auf der diesseitigen Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.
 Schönau i. W.,
 den 10. Juni 1914.
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

1.174.21 Eppingen. Der Landwirt **Bius Beith** in Hochbach hat beantragt, die hochhollenen, Landwirt **Bernhard Kaumann**, geboren am 24. November 1869 zu Hochbach, und Landwirt **Anton Kaumann**, geboren am 20. Juli 1876 zu Hochbach, zuletzt wohnhaft in Hochbach, für tot zu erklären. Die bezeichneten Beschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf
Dienstag den 29. Dez. 1914, vormittags 9 Uhr,
 vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Beschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
 Eppingen, 10. Juni 1914.
 Der Gerichtsschreiber.

1.175.21 Staufen. Der Landwirt **Gustav Gerber** in Gallenweiler, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwältin **Lederle** in Staufen i. W. klagt gegen die **Wilhelm Post Witwe, Rosa geb. Grathwohl**, an unbekanntem Orte, zuletzt in Grünstadt (Pfalz) wohnhaft, mit dem Antrage, die Beklagte kostenfällig zu verurteilen, zu bewilligen: Daß die im Grundbuch der Gemeinde Staufen, Bd. 10, Heft 12, III. Abteilung Nr. 2 auf Kgl.-Nr. 672, ein Eigentum des Klägers, für die **Valerio Janon Ehefrau**, sowie geb. **Baumann** in Staufen eingetragene Sicherungshypothek im Betrage von 270 M. gelöscht wird. Das Urteil wird für vorläufig vollstreckbar erklärt.
 Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Groß. Amtsgericht Staufen i. W. auf
Mittwoch den 5. Aug. 1914, vormittags 9 Uhr,
 Staufen, 10. Juni 1914.
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

1.178. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Möbelhändlers **Julius Hornfeiner** in Freiburg ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin anberaumt auf **Donnerstag den 2. Juli 1914, vormittags 11 Uhr,**
 vor dem Amtsgerichte hier selbst, Kaiserstraße Nr. 143, 1. Stock, Zimmer Nr. 5.
 Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.
 Freiburg, 10. Juni 1914.
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts 5.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Öffentliche Versteigerung gegen Barzahlung: **Zunftschen** vom 1. Vierteljahr 1914, darunter 4 Fahrräder, 1 Photographenapparat, 1 Schreibmaschine (Mignon), 1 Fernglas Goerz, 2 Paar Schenckschuhe, 1 Acetylen-Gas-Apparat, am **Dienstag den 16. Juni 1914, vormittags 8 Uhr,** und **nachmittags 2 Uhr** beginnend in dem Versteigerungsraum im neuen Bahnhofgebäude (Eingang Bahnhofsgebäude). Die besond. genannten Gegenstände, sowie die Schmuckfächer, Uhren und dergleichen, werden von 11 Uhr vormittags an ausgesetzt. 1.183.2
 Karlsruhe, 8. Juni 1914.
 Rechnungsbureau der **Gen.-direktion.**